

Beschluss zum neuen Lehrer/innendienstrecht Eine Medienberichtsgegenüberstellung

<http://orf.at/#/stories/2210788/>

[Nationalrat: Lehrerdienstrecht beschlossen](#)

Mehr als zehn Jahre hat es gebraucht, seit heute Abend ist es fix. Es kommt ein neues Lehrerdienstrecht. **Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP** wurde ein Modell etabliert, das eine **flachere Einkommenskurve** sowie für **etliche künftige Lehrer eine erhöhte Lehrverpflichtung** bringt.

Wenn man bedenkt, was für Wirbel es um das neue Lehrerdienstrecht über die vergangenen Jahre gab, verlief die **parlamentarische Behandlung heute Abend äußerst unspektakulär**. Das **Plenum war halbleer**, kaum Besucher verirrten sich auf die Galerie und auch das Interesse der Medien hielt sich in Grenzen. **Protestkundgebungen blieben völlig aus**.

„Verbrechen an der Zukunft unserer Kinder“

Dass es nicht gar zu friedlich wurde, dafür sorgte die Opposition. So warf etwa der **freiheitliche Bildungssprecher Walter Rosenkranz** der Koalition, speziell der SPÖ vor, einen **Scherbenhaufen** angerichtet zu haben. Es handle sich um den nächsten **Anschlag auf die Qualität des Bildungssystems** und damit um ein **„Verbrechen an der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen“**. Einer der Hauptkritikpunkte von Rosenkranz betraf, dass **Junglehrer künftig neben der Berufsbelastung den „Master“ machen müssten**. Das gefiel auch den anderen Fraktionen nicht. Entsprechend wurde von NEOS ein **Antrag initiiert, dass Jungpädagogen in der sogenannten Induktionsphase ihre Lehrverpflichtung um ein Fünftel reduziert wird**. Mehrheit dafür gab es keine.

Grüne für Jahresarbeitszeit-Modell

Ginge es nach dem **Grünen Bildungssprecher Harald Walser**, wäre ohnehin ein **Jahresarbeitszeit-Modell** das Wahre. Er tritt zwar für **längere Anwesenheitszeiten an den Schulen, nicht aber für eine längere Unterrichtszeit** ein. Dringend nötig wäre für Walser ohnehin vor Etablierung eines neuen Lehrerdienstrechts als **Basis dafür eine unabhängige Arbeitszeitstudie**.

Keine Zustimmung konnte die Koalition auch beim TeamStronach lukrieren, wobei man hier auch die **Gewerkschaft nicht aus der Ziehung lassen wollte**. **Fehler seien auf beiden Seiten passiert**, viel Porzellan zerschlagen worden, bedauerte Stronach-Mandatar Georg Vetter.

NEOS-Chef Mathias **Strolz nahm sich besonders der Jung-Lehrer an**. Nicht nur dass diese aus seiner Sicht **weniger unterrichten** sollten, bräuchten diese auch **mehr Unterstützung**. So sollte ihnen eine Mentorenstunde pro Woche zugestanden werden, wenn es nach Strolz geht. Strukturell plädierte der NEOS-Chef dafür, die **pädagogischen Hochschulen vom Unterrichtsministerium ins Wissenschaftsressort zu verschieben**.

Mittagsjournal, 17.12.2013 [Andreas Jölli](#)

Beamte rüsten für Demonstration

Die neue SPÖ-ÖVP-Regierung stößt gleich zu Beginn auf ziemlichen Widerstand. **Fast täglich gibt es Demonstrationen und Proteste - gegen das Lehrer-Dienstrecht, die Zusammenlegung der Ministerien für Wirtschaft und Wissenschaft sowie um die Gehaltserhöhung für die Beamten**. Der öffentliche Dienst rüstet sich für die **Demonstration morgen in Wien**, erhält jetzt zusätzlich Zulauf und kann **den Verzögerungen auch positives Abgewinnen**.

Solidarität von Post und ÖBB

Der gewerkschaftliche Protest bekommt Unterstützung: Zusätzlich zum Öffentlichen Dienst und den Gemeindebediensteten werde es **Solidaritätskundgebungen der Postgewerkschaft** geben, sagt Christian Meidlinger, Gewerkschaftschef der Gemeindebediensteten. Auch bei den **ÖBB** gebe es große Sympathie,

man erwarte von dort eine Abordnung.

Das Angebot der Regierung ist nicht ausreichend, sagen Christian Meidlinger und Richard Holzer, Vize-Chef der Beamtengewerkschaft von der SPÖ. Angemessen und moderat wäre eine Abgeltung der Inflationsrate, so Holzer.

Verschiebung hat auch Vorzüge

Die **Verzögerungen bei den Beamten-Gehaltsverhandlungen** mit einem Abschluss erst im Jänner sehen die beiden **nicht sehr tragisch**, sondern auch positive Aspekte. Dann könne man sich bei einem Abschluss finde, der inhaltlich in Ordnung sei, so **Holzer**. Er **geht davon aus, dass die Demonstrationen deutlich machen werden, "dass es ernst ist"**. Und **Meidlinger** verweist darauf, dass **bis dahin weitere Kollektivverträge abgeschlossen** sein werden, an denen die Kolleginnen und Kollegen ihre Erwartungen orientieren würden.

Und wie sehen die Gewerkschafter ihr neues Gegenüber, den neuen Beamtenminister Josef **Ostermayer (SPÖ)**? **Gelassen und abwartend**: Man sei gewohnt, mit wem auch immer **ergebnisorientiert** zu verhandeln. Der oberste Beamten-Gewerkschafter Fritz Neugebauer von der ÖVP wollte heute nichts sagen.
17.12.2013